

## **ANTRAG**

**der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP**

### **Stark in Europa – stark für die Zukunft**

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Mecklenburg-Vorpommern ist seit seiner Gründung fest in der Europäischen Union verankert. Das klare Bekenntnis zu einem geeinten Europa hat in unserem Land Verfassungsrang: In Artikel 11 bekennt sich unser Land zum Staatsziel der europäischen Integration und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere im Ostseeraum. Der Landtag erneuert das Bekenntnis für ein geeintes und starkes Europa als einzigartiges Friedensprojekt. Er unterstreicht die Bedeutung der europäischen Integration als Grundlage für ein Leben in Sicherheit, Freiheit und Wohlstand in Mecklenburg-Vorpommern. Die Kooperation in einem geeinten, friedlichen und demokratischen Europa auch über den Ostseeraum und die Europäische Union hinaus ist für die Entwicklung unseres Bundeslandes von enormer Bedeutung.
2. Mecklenburg-Vorpommern ist in den mehr als 30 Jahren seines Bestehens in erheblichem Maße durch die Europäische Union gefördert und solidarisch unterstützt worden. Die Modernisierung der Wirtschaft, die Entwicklung von Wissenschaft und Technologie, der Aufbau einer guten Infrastruktur, die Entwicklung des ländlichen Raums, die Integration von Erwerbssuchenden in den Arbeitsmarkt, die Stärkung der Bildung, die Bekämpfung der Armut und die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Mecklenburg-Vorpommern – all dies wäre ohne die erheblichen europäischen Mittel, von denen das Land bis heute profitiert, nicht in diesem Maße möglich gewesen. Bis zum Abschluss der letzten Förderperiode 2020 sind seit 1990 über zehn Milliarden Euro nach Mecklenburg-Vorpommern geflossen. In der neuen EU-Förderperiode 2021 bis 2027 stehen insgesamt rund 1,9 Milliarden Euro zur Verfügung.

3. In der Kooperation mit unseren europäischen Partnern liegen enorme Entwicklungspotenziale für Mecklenburg-Vorpommern selbst. Das gilt insbesondere für den Ostseeraum und mit Blick auf Bereiche, wie erneuerbare Energien, Digitalisierung oder Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel. Zudem profitiert die Wirtschaft im Land durch die Zusammenarbeit in der Europäischen Union in erheblichem Maße.
4. Von Beginn an ist Mecklenburg-Vorpommern ein aktiver und anerkannter Partner in Europa. Unsere Region ist nach der EU-Osterweiterung im Jahr 2004 in das Zentrum der Europäischen Union gerückt. Davon profitiert das Land erheblich. Der Landtag betont die Notwendigkeit, die Kooperationen auf allen Ebenen weiter zu intensivieren und hierfür die Voraussetzungen und Möglichkeiten noch zu verbessern und zu erweitern. Zur Umsetzung hält der Landtag ein strategisches Herangehen für erforderlich und unterstreicht die Bedeutung der bestehenden Gremien und Netzwerke, wie z. B. die Ostseeparlamentarierkonferenz, den Ausschuss der Regionen oder die Konferenz der peripheren Küstenregionen (KPKR).
5. Der Landtag sieht ganz Europa wie auch Mecklenburg-Vorpommern vor enormen Herausforderungen. Er betont vor diesem Hintergrund, dass ein starker europäischer Zusammenhalt wichtiger ist denn je.

## II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. die Kooperation und Vernetzung auf europäischer Ebene und im Ostseeraum auszubauen sowie die Europafähigkeit des Landes zu stärken. Dabei sollen auch Maßnahmen zur Bündelung, zum Ausbau und zur zielgenaueren Ausrichtung von Informationen und Beratungsangeboten zu Kooperation und Fördermöglichkeiten geprüft werden.
2. die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Metropolregion Stettin weiter zu stärken und die Zusammenarbeit mit weiteren Regionen im Ostseeraum auszubauen.
3. einen Beitrag zur Umsetzung des Ziels der EU zu leisten, bis zum Jahr 2050 klimaneutral zu werden. Dazu sollte das Land gemeinsam mit seinen Partnern, insbesondere der Ostsee-Region, die entsprechenden Aktivitäten enger abstimmen. Ziel ist, den Ostseeraum als Modellregion für den grünen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft zu etablieren.
4. die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern durch den Ausbau von erneuerbaren Energien aus Wind, Sonne und Biomasse und der dafür erforderlichen Netze unter Berücksichtigung der Versorgungssicherheit so schnell wie möglich zu überwinden und die bisherigen Lieferungen von Erdgas und Erdöl aus Russland möglichst überflüssig zu machen. Dabei sollte es einen engen Erfahrungsaustausch auf dem gemeinsamen europäischen Energiemarkt geben.
5. Synergieeffekte und Best-Practice-Beispiele unter Einbeziehung der bestehenden Kompetenzen und Kooperationen zur Problematik der Munitionsaltlasten im Meer auszubauen und für weitere Maßnahmen zu einer umfassenden Beseitigung dieser Umweltgefährdung zu nutzen.
6. die Krise, die viele Bürgerinnen und Bürger vor große finanzielle und soziale Probleme stellt, durch eine aktive Sozialpolitik zu begleiten und sich für europäische Lösungen einzusetzen, die letztlich auch unserem Land zugutekommen. Dazu sollte sie sich auf Bundes- und europäischer Ebene auch dafür stark machen, dass die hohen Energiekosten wirksam sozial abgefedert werden, etwa durch Preisobergrenzen für Verbraucherinnen und Verbraucher.

7. aktiv auf Bundes- und Europaebene, in ihren Gremien und Interessensverbänden dafür einzutreten, dass die erfolgreiche Regionalpolitik (Kohäsionspolitik) auch über die aktuelle Förderperiode hinaus fortgeschrieben wird und die zentralen Prinzipien des partnerschaftlichen Ansatzes und der geteilten Administration beibehalten werden; denn diese sichern den Einfluss der Regionen auf den Einsatz dieser Mittel vor Ort und damit eine größtmögliche Passgenauigkeit. Zugleich sollte sich die Landesregierung aktiv an der Debatte über eine Reform der Regionalpolitik im Sinne einer unbürokratischeren, einfacheren und weniger fragmentierten Förderung, z. B. in der Cohesion Alliance des Ausschusses der Regionen mit europäischen Kommunen und Regionen, beteiligen.
8. sicherzustellen, auch künftig durch eine noch bessere Nutzung europäischer Fördermöglichkeiten weitere Impulse für Innovation, Modernisierung und Wertschöpfung in Mecklenburg-Vorpommern setzen zu können. Dabei sollten alle Fördermöglichkeiten in den Blick genommen werden, wie die Verbundforschung, die Wissenschafts- und Forschungsförderung aus den EU-Strukturfonds ebenso wie das EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont Europa. In diesem Zusammenhang sollten weiterhin mögliche Synergien zwischen den EU-Förderprogrammen identifiziert und erschlossen werden.
9. zur Stärkung der Wirtschaft des Landes auf europäischer Ebene gezielt die Belange der kleinen und mittleren Unternehmen im Land zu adressieren und damit zu passgenauen Lösungsangeboten zu kommen. Zudem sollte sie zur Bewältigung des Fachkräftebedarfs die Möglichkeiten des Austauschs von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Kooperation mit unseren europäischen Partnern noch stärker in den Fokus nehmen.
10. für Europa zu werben, die Bürgerinnen und Bürger vom einmaligen Friedensprojekt Europa zu überzeugen, vor allem durch gezieltere Aufklärung und Information, und sich für eine stärkere Einbindung in Entscheidungsprozesse stark zu machen.
11. zudem persönliche Begegnungen, gerade von jungen Bürgerinnen und Bürgern, weiterhin gezielt zu fördern und bestehende Fördermöglichkeiten, wie ERASMUS und ERASMUS+, durch breitere Informationen in der Fläche bekannter zu machen.

12. sich dafür einzusetzen, dass für die jungen Generationen in Mecklenburg-Vorpommern die Europäische Union weiterhin eine attraktive Zukunftsperspektive bietet. Viele junge Menschen verstehen sich längst als Europäerin oder Europäer. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sollen weiter motiviert werden, sich aktiv in einen politischen Meinungsbildungsprozess einzubringen und als Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner auf Augenhöhe ihre Rechte wahrzunehmen. Um junge Menschen schon früh für die Idee der Europäischen Gemeinschaft zu begeistern, kann eine geeignete Maßnahme die frühe Beteiligung sein. Die Landesregierung wird daher aufgefordert, dass das Wahlalter ab 16 Jahren mit dauerhaften begleitenden Maßnahmen der politischen Bildung flankiert wird.

**Julian Barlen und Fraktion**

**Franz-Robert Liskow und Fraktion**

**Jeannine Rösler und Fraktion**

**Dr. Harald Terpe und Fraktion**

**René Domke und Fraktion**